

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illutr. Beilage Post und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Wfg., bei Plakatorchrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Wfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gepalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 M. Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 40 Wfg. bei Plakatorchrift, 50 Wfg., Reklamezettel 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Der Panzerkreuzer wird gebaut!

Auf Beschluß der Reichsregierung

Die Sitzung des Reichskabinetts

WTB Berlin, 10. August.

Das Reichskabinet beschloß in seiner heutigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung, den Bau des Panzerkreuzers in Angriff zu nehmen. Zu diesem Beschluß ist die Reichsregierung gelangt, nachdem festgestellt worden war, daß die durch den Bau des Panzerkreuzers entstehenden Ersparnisse in den folgenden Jahren durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten wieder eingebracht werden.

Das Reichskabinet erhöhte ferner die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung von 6000 Mark auf 8400 Mark und beschloß u. a., dem Reichstages die Notifizierungsgesetze über drei internationale Übereinkommen betr. die Seeschifffahrt vorzulegen.

Zur Begründung des Kabinettsbeschlusses und zur Rechtfertigung der sozialdemokratischen Minister schreibt der Soz. Pressedienst:

„Der Panzerkreuzer A wird gebaut werden — trotz der Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstages und trotz des Regierungswechsels. Das Reichskabinet hat entschieden, daß nunmehr auch die Vergabung der Lieferungen erfolgen soll, nachdem die Konstruktionsarbeiten bereits auf Beschluß des früheren Kabinetts März in Angriff genommen worden sind.“

„In der grundsätzlichen Einstellung der sozialdemokratischen Minister zu diesem Kriegsschiffbau hat sich nichts geändert. Aber über die Tatsache, daß das Statgesetz für 1928 in Kraft ist und den Bau vorsieht, konnten sie sich nicht hinwegsetzen, wenn sie nicht das Statgesetz verletzen wollten.“

„Der vorige Reichstag hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten den Bau des Panzerkreuzers beschlossen. Der Reichsrat, der ursprünglich Einspruch erhoben hatte, hat später den Einspruch zurückgezogen mit der Maßgabe, daß bis zum 1. September 1928 noch einmal die gesamte Finanzlage überprüft werden sollte.“

„Diese Überprüfung ist erfolgt. Das Reichswehrministerium hat sich zu Ersparungen im Reichswehretat bereit erklärt, so daß eine Mehrbelastung durch den Bau des Panzerkreuzers nicht eintritt.“

„Unter diesen Umständen mußte das Reichskabinet die Ersparnisse des vorigen Reichstages und des Bürgerblockkabinetts antreten und die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften vollziehen.“

Verfassung und Proletariat

Eine Betrachtung zum 11. August

Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Ferdinand Lassalle.

F. F. Es gibt kaum eine Rede Ferdinand Lassalles, die uns heute soviel zu sagen hat, wie seine erste Rede über das Verfassungswesen, vom April 1862. Gewiß haben wir heute eine ganz andere Verfassung im Reich, als es die damalige preußische Verfassung war. Wir haben seit 1919 eine demokratische, eine republikanische, und wenn man will, sogar „die freieste Verfassung der Welt“. Aber es ist bei weitem nicht alles lebendig geworden, was in dieser Verfassungsurkunde von Weimar schriftlich niedergelegt wurde. Trotzdem, und trotz mancher Ausstellungen, die wir an dieser Verfassung zu machen haben, werden wir die Republik der Weimarer Verfassung mit allen Mitteln schützen, weil wir wissen, daß die Republik für den Befreiungskampf des Proletariats einen weit günstigeren Kampfboden abgibt als eine andere Staatsform, und weil wir davon überzeugt sind, daß sich in ihr die Klassenkräfte des Proletariats freier entwickeln und zur Erreichung unserer letzten Ziele reifen können.

„Menschenwürdiges Dasein für alle.“

Das kann und darf uns aber nicht hindern, auch kritisch zur Verfassung Stellung zu nehmen. Der Artikel 151 verlangt, daß die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundfäden der Gerechtigkeit entsprechen müsse mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle. Ein Grundsatz, dem jeder Sozialist mit Freuden zustimmen wird. Der Kapitalist wird vermutlich unter diesem „menschenwürdigen Dasein“ etwas ganz anderes verstehen als der Arbeiter.

Dazu ein paar Fragen: Ist es ein menschenwürdiges Dasein, wenn der Heimarbeiter im Erzgebirge oder im Thüringer Wald achtzig Stunden in der Woche arbeitet und dann glücklich zwanzig oder fünfundsiebzig Mark verdient hat? Führen die Bergarbeiter im westlichen Industriegebiet oder die Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland ein „menschenwürdiges Dasein“? Führt überhaupt die große Masse des deutschen Proletariats ein menschenwürdiges Dasein? — Die Fragen stellen, heißt sie verneinen. Diese Bestimmung des Artikels 151 der Verfassung steht also nur auf dem Papier. Und warum ist sie nicht Wirklichkeit geworden? Hören wir, was Lassalle dazu sagt:

„Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den realen, tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.“

Das deutsche Proletariat ist aber noch nicht so stark, daß es „die Ordnung des Wirtschaftslebens nach den Grundfäden der Gerechtigkeit“ aus eigener Macht bestimmen kann. Und deshalb steht der erste Absatz des Artikels 151 der Verfassung vorläufig nur als ein erstrebenswertes Ideal auf dem Papier.

„Wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist.“

Der Artikel 48 der Verfassung regelt die Reichs-exekutive gegen ein Land und die Verhängung des Ausnahmezustandes. Mit Hilfe dieses Artikels kann der Reichspräsident, „wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet ist“, zu ihrer Wiederherstellung die nötigen Maßnahmen treffen, wobei vorübergehend eine Reihe von wichtigen Grundrechten der deutschen Staatsbürger außer Kraft gesetzt werden kann, wie die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief- und Postgeheimnis, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es kann also gewissermaßen die Diktatur über die Demokratie verhängt werden. (Man denke an die Reichs-exekutive gegen Sachsen und Thüringen im Herbst 1923.) Alle diese Maßnahmen kann aber auch, wenn Gefahr im Verzug ist, eine Landesregierung von sich aus treffen. Natürlich ist immer „Gefahr im Verzug“, wenn eine reaktionäre Landesregierung den Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft verhängen will. In Bayern war es jahrelang ein Ausnahmezustand, wenn der Ausnahmezustand einmal nicht verhängt war. Die tatsächlichen Machtverhältnisse waren aber so gelagert, daß der Reichstag von seinem Recht, diesen bayerischen Ausnahmezustand außer Kraft zu setzen, nie Gebrauch gemacht hat.

Nun verspricht die Verfassung, daß ein Reichsgesetz das Nähere über die Handhabung des Artikels 48 bestimmen soll. Dieses Ausführungsgesetz ist heute — neun Jahre nach Erlass der Verfassung — immer noch nicht geschaffen worden, weil die reaktionären Parteien den Artikel 48 ohne Ausführungsgesetz nach ihren Klasseninteressen auslegen und gegen das Proletariat

Heraus aus der Koalition!

„An Stelle eines Nationalfeiertages, den man in einen Parlamentsauschluß festgegraben hat, erhält das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen, als Geschenk zum Verfassungstag den Beschluß der Reichsregierung: der Panzerkreuzer wird gebaut. Das trotz des Widerstands breiter Volksschichten das Reichskabinet schließlich an die Reaktivierung des Reichstagsbeschlusses herangehen würde, war wohl niemandem zweifelhaft. Aber was uns denn doch schier als unmöglich erscheinen wollte, ist jetzt Tatsache geworden: die Regierung hat dem Beschluß einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister, zugestimmt. Wenn die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Reichsregierung, wie man uns gelehrt hat, ein Ausdruck für die wachsende Macht der deutschen Arbeiterklasse sein sollte, ein Mittel zur ihrer weiteren Stärkung und zur Förderung der proletarischen Geschlossenheit, dann wird die Sorge um die ja nicht in Koalitionsregierungen verankerte Kraft der deutschen Sozialdemokratie jedem Parteigenossen die Verpflichtung auferlegen, zu dem Beschluß der Regierung Stellung zu nehmen. Wobei man sich schließlich noch daran erinnern darf, welche besondere Rolle der Bau des Panzerkreuzers gerade in dem von der Sozialdemokratie geführten Wahlkampf gespielt hat.“

Der Beschluß des Reichskabinetts wird umrahmt von zwei Tatbeständen: Einmal feiert man den Verfassungstag und will damit von behördlicher Seite zum Ausdruck bringen, daß kraft Weimarer Verfassung die deutsche Republik die freieste, friedfertigste und mit vielen anderen Superlativen begabte der Welt sei. Auf der anderen Seite, und das hat für uns Sozialisten die stärkste Bedeutung, stimmt die Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf dem Brüsseler Kongress einer Abrüstungs-Resolution zu, die — mag sie der Schwächen genug haben — doch zu dem einen verpflichtet: Kampf zu führen um die Abrüstung, materiell und ideologisch ...

Aber, so wird man einwenden, die Sache liegt doch jetzt ganz anders als zu Zeiten des Wahlkampfes. Man hat doch, wie die offizielle Mitteilung angibt, „Ersparnisse“ auf anderen Gebieten des deutschen Militärwesens gemacht; man hat doch an den Manövern gespart und das Geld für die erste Rate somit vielleicht ohne weitere Belastung der deutschen Steuerzahler aufgebracht. Gewiß, wenn Kriegshandwerk als eine Geldfrage erscheint, losgelöst von seinen Mitteln und Zwecken, der mag sich beruhigt fühlen. Da aber für die gesamte Sozialdemokratie die Militärfrage noch niemals eine reine Geldfrage des Kostenstandpunktes in Goldmark gebildet hat, mag diese neue Begründung vielleicht die demokratische Reichstagsfraktion zufriedenstellen, für uns Sozialdemokraten kann sie angesichts der grundsätzlichen Tragweite niemals Geltung besitzen.

Und die prinzipielle Bedeutung dieser Frage ist für uns Sozialisten schwer genug! Man muß hier unterscheiden zwischen dem, was der Panzerkreuzer ist, und dem, was er sein soll. Die militärischen Fachleute sind sich wohl alle darüber einig, daß angesichts der technischen Bedingungen eines modernen Seekrieges und der vorhandenen imperialistischen Reibungsflächen, wozüber ja in diesen Spalten öfters und ausführlich geschrieben worden ist, der Kampfeswert des Panzerkreuzers für einen modernen Seekrieg gering ist. Die Washingtoner und die Genfer Seetrüstungs-Konferenzen haben ja wohl allen ganz deutlich gemacht, daß heute der Panzerkreuzer nicht mehr der Typ des imperialistischen Seekriegs

ist. Das dient nun leider nicht zur Beruhigung, sondern ganz im Gegenteil zur Verschärfung der Panzerkreuzerfrage. Denn indem der Reichswehrminister Gröner dies anerkennt, hat er auch (vor längerer Zeit in einer Rede im Hauptausschuß des Reichstages) noch mehr gesagt: der Panzerkreuzer A sei zwar nicht geeignet zum Kampf mit den modernen anglo-amerikanischen Kriegsschiffen; aber wenn bei dem kommenden Kriege sich die Schiffe Englands, Amerikas und Japans gegenseitig in Schach hielten, dann hätte der Panzerkreuzer A Gelegenheit, sich auf dem „Nebenkriegsschauplatz“ in der Ostsee zu „betätigen“. Die Reichsregierung will also praktisch den neuen Schiffsklassen einen Zweck dienlich machen, gegen den der stärkste Kampf der gesamten Arbeiterschaft und darüber hinaus weiter anderer Kreise der Bevölkerung gerichtet ist und zu welchem Kampfe der Brüsseler Kongress auf neue die sozialistischen Parteien verpflichtet hat. Im Kampfe gegen England und Amerika kann Deutschland keine Kriegsflotte errichten. Aber dann, wenn die aktiv-imperialistischen Mächte sich untereinander in den Haaren liegen, dann kann neben der Leistung, die die deutsche heimische Industrie in eine solche Partie hineinbringen vermag, der Panzerkreuzer auf dem „Nebenkriegsschauplatz“ der Ostsee (Polen, Kurland), wo er unmittelbar keine moderne Kriegsflotte gegen sich vorfindet, Arbeit leisten. So jedenfalls hat es der Herr Reichswehrminister erklärt.

Über diesen Zweck hinaus bildet der Panzerkreuzer sozusagen das Symbol für den neuen deutschen Imperialismus, dessen reale Machtposition ja in anderen Dingen als in einem oder einigen Panzerkreuzern verankert ist. Kolonien, Panzerkreuzer, militärische Erziehung — das sind nur Widerspiegelungen von industriellem Konkurrenzkampf, heimischer Industrie usw. Gegen diese ideologische Bedeutung, die der Panzerkreuzer als Symbol hat, geht der Kampf der gesamten deutschen Sozialdemokratie im stärksten Maße. Hier heißen keine Unterhandlungen und Abhandlungen über die Geschäftsordnung des deutschen Reichskabinetts, hier ist die klare und deutliche Abgrenzung der deutschen Arbeiterklasse von der imperialistischen Bourgeoisie das Gebot der Stunde. Denn die Bewilligung der ersten Bau-rate ist der Anfang zum Bau der anderen Panzerkreuzer.

Wenn in den nächsten Tagen die Parteigenossen den Bericht erhalten von den Arbeiten des Brüsseler Kongresses der sozialistischen Arbeiter-Internationale, wenn man ihnen sagen wird, wie hier, und sei es in ganz unzulänglicher Form, die Bemühungen und die Anstrengung um den Kampf gegen den Imperialismus die grundlegende Arbeit des Brüsseler Kongresses waren, dann werden sie die Verpflichtung haben, mit allem Nachdruck nicht nur die ablehnende Haltung der sozialistischen Minister, sondern ihren Austritt aus der Koalitionsregierung zu fordern. Darüber ist unter uns kein Zweifel, daß, wie der Soz. Pressedienst erläutert, „an der grundsätzlichen Einstellung der sozialdemokratischen Minister zu diesem Kriegsschiffbau sich nichts geändert“ hat. Dann aber ist auch hier bewiesen, daß in dieser Koalitionsregierung nicht die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie, sondern die der anderen die Oberhand hat. Und in einer so schwerwiegenden und die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse so ernsthaft bestimmenden Frage, wie der der imperialistischen Betätigung der deutschen Bourgeoisie muß die Entscheidung klar sein: Heraus aus dieser Koalition!